



PRESSEINFORMATION ZU DEN DISKRIMINIERUNGSKLAGEN GEGEN DAS LAND BERLIN AM 24.05.2018

Berlin, 23.05.2018

**Erneute Verfahren wegen des Neutralitätsgesetzes vor dem Arbeitsgericht:
Die Politische Untätigkeit der Berliner Landesregierung geht zu Lasten von betroffenen Lehrerinnen mit Kopftuch.**

Das Bündnis #GegenBerufsverbot wird als Prozessbeobachtende vor Ort anwesend sein.

Am 24.05.2018 wird das Arbeitsgericht Berlin zwei Fälle von Lehrerinnen, denen die Einstellung in den Grundschuldienst vom Land Berlin mit Verweis auf das sog. Neutralitätsgesetz verweigert wurde, verhandeln.

Laut einer vom European Network Against Racism (ENAR) in 2016 durchgeführten Studie, sind muslimische Frauen überproportional von anti-muslimischem Rassismus und Diskriminierung betroffen. Sie werden aufgrund ihrer Religion und ihres Geschlechts in eine prekäre Situation gedrängt, wo weder Schule noch Arbeitsmarkt Orte sind, in welchen sie sich frei entfalten können. Während die Emanzipation und Selbstbestimmung von Frauen aus der Mehrheitsgesellschaft aktiv gefördert werden, werden Muslimas die Autonomie und Eigenständigkeit abgesprochen.

"Das sogenannte Neutralitätsgesetz führt de facto zu einem Berufsverbot für muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen. Muslimas mit Kopftuch erleben so eine spezifische Form von Diskriminierung, in der Rassismus und Sexismus zusammenkommen“, so das Bündnis #GegenBerufsverbot.

Das Bündnis ist ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen und Privatpersonen, die zum Thema Anti-Rassismus und Feminismus arbeiten und in der Debatte um das sogenannte Neutralitätsgesetz sowohl die Betroffenenperspektive als auch menschen-, bürger- und frauenrechtliche Argumente sichtbar machen möchte.

Céline Barry, Projektleiterin von Each One (EOTO e.V.) und Miriam Aced, Assistant Director des Center for Intersectional Justice (CIJ) werden für das Bündnis #GegenBerufsverbot an den Verhandlungen als Prozessbeobachtende anwesend sein und der Presse für Fragen und Interviews zur Verfügung stehen.

Kontakt:

Center for Intersectional Justice (CIJ)

Tel.: +49 (0) 177 252 8330

Email: cij@intersectionaljustice.org